

## GROSSER RAT

GR.25.257

### VORSTOSS

**Postulat der FDP-Fraktion (Sprecherin Jeanine Glarner, Möriken-Wildegg) vom 9. September 2025 betreffend Prüfung der Kündigung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen**

---

#### **Text:**

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Kündigung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen zu prüfen.

#### **Begründung:**

Mit der Motion 16.177 forderte die FDP-Fraktion, die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen zu kündigen. In seiner ablehnenden Antwort begründete der Regierungsrat, dass dieser Kulturlastenausgleich nicht isoliert betrachtet werden dürfe, denn er sei Teil des umfassenden Rechts- und Vertragsgefüges der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). In der Folge wurde die Motion vom Grosse Rat als Postulat überwiesen.

Der Grosse Rat verlangte eine Pauschalierung der Beiträge, aufgeteilt nach Publikumsanteilen, und eine Reduktion der Gesamtbelastung auf 4.9 Millionen Franken. Der Regierungsrat unterbreitete die Botschaft 18.214, mit welcher er das Resultat der Neuverhandlung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs darlegte. Die Kulturlastenbeiträge sanken von 5.6 Millionen Franken auf rund 5.25 Millionen Franken pro Jahr.

In der Zwischenzeit hat der Kanton Aargau weiter in die eigenen Kultureinrichtungen investiert, sei dies in die Institutionen von kantonaler Bedeutung oder in das Museum Aargau, das sich weiterhin wachsender Beliebtheit bei den Publikumszahlen zeigt. Es ist deshalb neu zu beurteilen, inwiefern der Kanton Aargau nach wie vor für Kultureinrichtungen in den Kantonen Luzern und Zürich zahlen soll und ob die interkantonale Vereinbarung gekündigt werden soll.